

PRESSEINFORMATION 49/2025

Zumeldung: EU plant Verschärfung der CO₂-Flottengrenzwerte

BWIK-Statement zur heutigen Meldung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Stuttgart, 28. August 2025 – Das Stuttgarter Wirtschaftsministerium hat sich dagegen ausgesprochen, die EU-Vorgaben zu Plug-in-Hybriden zu verschärfen. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIK) unterstützt die Position ausdrücklich: „Die geplanten Änderungen würden dazu führen, dass viele Plug-in-Hybride ab 2025 bzw. 2027 nicht mehr als emissionsarme Fahrzeuge anerkannt werden. Damit verlieren Unternehmen und Kunden eine wichtige Brückentechnologie – und die Hersteller eine Option, die CO₂-Flottenziele einzuhalten“, erklärt Manfred Schnabel, Vizepräsident des BWIK. „Unsere Betriebe brauchen in dieser Transformationsphase vor allem Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Ständig wechselnde Vorgaben verunsichern, treiben Kosten und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit.“

Der BWIK fordert stattdessen Technologieoffenheit und klare Leitplanken. „Die Unternehmen in Baden-Württemberg investieren massiv in Elektromobilität und alternative Antriebe. Damit diese Investitionen ihre Wirkung entfalten, braucht es stabile und berechenbare Rahmenbedingungen – keine regulatorischen Alleingänge. Nur mit Planungssicherheit gelingt der Wandel hin zu klimafreundlicher Mobilität“, so Schnabel.

Diese und weitere Presseinformationen finden Sie [hier](#).

Ansprechpartner für die Redaktionen:

BWIK | FF Verkehr
IHK Rhein-Neckar
Mario Klein
Telefon: 0621 1709-230
E-Mail: mario.klein@rhein-neckar.ihk24.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHKs). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von weit mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.